

Zwischen Prostituiertenschutzgesetz und Sexkaufverbot

Präferenz, Bewertung und Wissen der sächsischen Bevölkerung im Bundesvergleich

M.A. Anika Radewald (anika.radewald@zkfs.de) · August 2026 · ZKFS

AUF EINEN BLICK

- Der Bund berät nach der Evaluation des Prostituiertenschutzgesetzes über Änderungen; zugleich fordern verschiedene Akteure ein Sexkaufverbot nach Nordischem Modell.
- Die Bevölkerung, in Sachsen und im Bund, bevorzugt das aktuell geltende Prostituiertenschutzgesetz. Ein Sexkaufverbot wird mehrheitlich abgelehnt.
- Dabei ist das Wissen zur rechtlichen Regelung von Sexarbeit gering: Schon das geltende Recht kennt rund ein Drittel der Bevölkerung nicht und von dem aktuell diskutierten Sexkaufverbot hat nur etwa jede:r Vierte etwas gehört.
- Um künftige Entscheidungen tragfähig zu machen, sollte die sächsische Politik gezielt über die rechtlichen Grundlagen aufklären, die Perspektive der Betroffenen durch weiterführende Forschung einbeziehen und Angebote fördern, die die Aufmerksamkeit für die Situation von Sexarbeiter:innen fördern.

1 Problemstellung

Der gesetzliche Umgang mit Sexarbeit in Deutschland steht auf dem Prüfstand: Nach der Evaluation des *Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchG)* im Jahr 2025 (Bundesregierung, 2025) berät derzeit eine vom Bund eingesetzte Kommission über notwendige Änderungen und konkrete Maßnahmen (BMBFSFJ, 2025). In diesem Zuge gewinnen Forderungen nach einem *Sexkaufverbot* als gesetzlicher Alternative zunehmend an politischem Gewicht, prominent vertreten etwa von Bundestagspräsidentin Julia Klöckner und Gesundheitsministerin Nina Warken (Tagesschau, 2025). Ein solches Verbot, auch das *nordische Modell* genannt, wie es in Schweden oder Frankreich gilt, stellt die Inanspruchnahme sexueller Dienstleistungen unter Strafe. Das ProstSchG gilt zwar bundesweit, doch die Umsetzung (die behördlichen Zuständigkeiten und räumliche Einschränkungen, wie Sperrbezirke) liegt bei den Ländern. Da in Sachsen Sexarbeit in Städten mit mehr als 50.000 Einwohner:innen zulässig ist, betreffen Veränderungen des aktuellen Gesetzes oder Verschärfungen wie die Einführung eines Sexkaufverbots auch den Freistaat. Was weiß die Bevölkerung selbst über die rechtliche Lage von Sexarbeit und wie steht sie zum geltenden Recht und zur diskutierten Alternative? Diesen Fragen ging das Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen (ZKFS) in einer für Deutschland und Sachsen repräsentativen Bevölkerungsbefragung mit 3.652 Teilnehmenden nach (Bender et al., 2024).

2 Was die Evidenz zeigt

Welches Gesetz wird präferiert? Die Bevölkerung bevorzugt mit deutlicher Mehrheit die geltende Rechtslage: 70,4% im Bund und 69,4% in Sachsen sprechen sich für einen legalen und regulierten Umgang mit Sexarbeit aus. Für ein Sexkaufverbot sprechen sich dagegen nur 8,2% (Bund) beziehungsweise 9,0% (Sachsen) aus. Für eine Gesetzesänderung gibt es damit weder bundesweit noch in Sachsen einen erkennbaren Rückhalt. Dieses klare Votum spiegelt sich auch in der inhaltlichen Bewertung der einzelnen Modelle wider.

Wie werden die Gesetze bewertet? Die geltende Rechtslage wird überwiegend positiv bewertet: Rund 69% der Befragten im Bund wie in Sachsen stufen sie als positiv bis sehr positiv ein. Das Sexkaufverbot wird dagegen mehrheitlich negativ bewertet: Rund die Hälfte bewertet es als (sehr) negativ (49,8% im Bund, 51,7% in Sachsen). Damit weist das Modell, das in der aktuellen Bundesdebatte als Verschärfung gefordert wird, die geringste Zustimmung in der Bevölkerung auf, in Sachsen mindestens ebenso deutlich wie im Bund (Radewald, 2025).

Wie gut kennen die Menschen die Gesetze überhaupt? Das geltende Recht ist rund zwei Dritteln der Befragten bekannt (62,7% im Bund, 62,3% in Sachsen). Somit kennt ein Drittel der Bevölkerung das aktuelle Gesetz zur Regelung von Sexarbeit *nicht*. Wesentlich ausgeprägter ist die Wissenslücke aber beim Sexkaufverbot: Nur ein Viertel der Befragten (25,8% im Bund, 25,6% in Sachsen) gibt an, dieses Modell zu kennen. Dieser Befund ist vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte höchst relevant: Das

politisch und medial zunehmend an Gewicht gewinnende Sexkaufverbot ist nur einem kleinen Teil der Deutschen bekannt und findet zugleich äußerst geringen Rückhalt. Damit besteht ein deutlicher Aufklärungsbedarf, insbesondere angesichts einer möglichen Gesetzesänderung.

Ändert sich die Meinung mit zunehmendem Wissen? Die Zustimmung oder Ablehnung eines Sexkaufverbots hängt nicht mit dem Wissen über dieses Modell zusammen: Auch unter den Personen, die angeben, beide Regelungsmodelle zu kennen, sprechen sich bundesweit 67,6% für eine legale und regulierte Ausgestaltung und 9,0% für ein Sexkaufverbot aus (in Sachsen: 66,0% und 12,4%), was annähernd den oben berichteten Zustimmungen entspricht.

3 Handlungsempfehlungen

- **Wissen schaffen: Aufklärung über die geltende Rechtslage.** Da selbst das bestehende Recht nur etwa sechs von zehn Menschen bekannt ist, sollte der Fokus auf der Aufklärung rechtlicher Regulierungsmöglichkeiten sowie deren Bedeutung und potenziellen Auswirkungen liegen. Damit eine gesetzliche Änderung von der Gesellschaft und den Betroffenen getragen werden kann, muss ausreichendes Wissen über das geltende Recht und mögliche Änderungen vorhanden sein.
- **Begegnung ermöglichen: Stigmatisierung abbauen.** Sexarbeit wird gesellschaftlich häufig als etwas „verruht“ wahrgenommen, an den Rand der Gesellschaft gestellt, und findet oft im Verborgenen statt. Fehlende Auseinandersetzung mit dem Thema und mit den Beteiligten begünstigen Wissenslücken, Vorurteile und Stigmatisierung. Aufklärungsarbeit kann durch Projekte geschaffen werden, die mit Sexarbeiter:innen zusammenarbeiten und Berührungspunkte zwischen Sexarbeiter:innen und der übrigen Bevölkerung etablieren. So können Vorurteile abgebaut werden, unabhängig von der künftigen Gesetzeslage. Der Abbau von Stigmatisierung kann zudem dafür sorgen, dass Beratungs- und Gesundheitsangebote von mehr Betroffenen genutzt werden.
- **Wissen sichern: Forschung als Entscheidungsgrundlage.** Die vorgestellten Befunde messen den Rückhalt gesetzlicher Regelungen in der Gesamtbevölkerung. Ein notwendiger nächster Schritt ist, auch jene einzubeziehen, die eine solche Regelung unmittelbar betrifft: die Sexarbeiter:innen selbst. Um Sexarbeiter:innen adäquat unterstützen zu können, wie es sowohl das aktuelle Gesetz als auch das diskutierte Sexkaufverbot beanspruchen, ist es notwendig, ihre Lebensrealitäten zu verstehen. Dazu gehört auch, ihre eigene Sicht auf mögliche Gesetzesänderungen wie die Einführung eines Sexkaufverbots zu erheben.

4 Fazit

Die Mehrheit der sächsischen wie der bundesweiten Bevölkerung präferiert das aktuell bestehende Gesetz zur Regulierung von Sexarbeit gegenüber einem Sexkaufverbot. Dies gilt auch für diejenigen, die beide Modelle kennen – es fällt allerdings auf, dass das Wissen zu den gesetzlichen Regelungen begrenzt ist. Diese Lücke zu schließen, erfordert gezielte Aufklärung, kontinuierliche Forschung, auch zur Perspektive der Sexarbeiter:innen selbst, sowie Angebote, die den Austausch zwischen Sexarbeiter:innen und Bevölkerung fördern und so Stigmatisierung entgegenwirken.

Quellen

- Bender, R., Radewald, A., Wagner, D., Bielejewski, A., Krumma, A., Asbrock, F., Fuehrer, J. L., & Weber, K. (2024). *HaSteX - Survey zur Wahrnehmung von Hasskriminalität, Strafvollzug und Sexarbeit* [Datenhandbuch]. Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen e.V. <https://osf.io/dtk7r/overview>
- BMBFSFJ. (2025, 24. November). *Prostituiertenschutz-Kommission nimmt Arbeit auf* [Pressemitteilung]. <https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/aktuelles/pressemitteilungen/prostituiertenschutz-kommission-nimmt-arbeit-auf-275606>
- Bundesregierung. (2025, 24. Juni). *Evaluation des Gesetzes zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen. (Prostituiertenschutzgesetz – ProstSchG): Abschlussbericht*. Publikationsportal. <https://www.publikationen-bundesregierung.de/pp-de/publikationssuche/prostituiertenschutzgesetz-2356220>
- Radewald, A. (2025, 16. November). *Sexarbeit und Stigmatisierung in Deutschland – Querschnittsstudie zu Einstellungen gegenüber Sexarbeit und zur Bewertung des Nordischen Modells* [Konferenzbeitrag]. 11. Interdisziplinärer Workshop Kritische Sexarbeitsforschung, Gesellschaft für Sexarbeits- und Prostitutionsforschung, Wien, Österreich.
- Tagesschau. (2025, 6. November). *Warken spricht sich für Sexkaufverbot aus*. <https://www.tagesschau.de/inland/warken-verbot-sexkauf-100.html>

Weitere Policy Briefs zu gesellschaftlich relevanten Themen finden Sie auf unserer Website unter <https://www.zkfs.de/wissenschaftskommunikation/#policy-briefs>